

Berlin, den 15. März 2023

Offener Brief zum Vorhaben der Bundesregierung, ein zeitgemäßes Staatsangehörigkeitsrecht zu ermöglichen

mit Verwunderung und Ernüchterung konstatieren wir, dass das Vorhaben eines zeitgemäßen Staatsangehörigkeitsrechtes nur zögerlich umgesetzt wird. Nach den Rückmeldungen aus den Migrant*innenorganisationen wissen wir, dass viele Betroffene ungeduldig auf Erleichterungen im Einbürgerungsrecht und der Einbürgerungspraxis warten. Daher fordern wir, dass die im Koalitionsvertrag vereinbarten Änderungen im Einbürgerungsrecht nun zügig umgesetzt werden

Das Forum der Migrant*innen im Paritätischen (FdM) engagiert sich seit 15 Jahren mit verschiedenen Projekten und Initiativen unter anderem für eine bessere politische Beteiligung der Migrant*innen in Deutschland. Entsprechend unserer Agenda setzten wir Hoffnungen in den in dieser Hinsicht progressiven Koalitionsvertrag. Aus unserer Perspektive sind in dieser Legislaturperiode die Änderungen im Einbürgerungsrecht der wichtigste integrationspolitische Schritt. Wir sehen nun leider, dass dieses Vorhaben nicht prioritär behandelt wird, und dieser Umstand löst bei vielen Betroffenen ein tiefes Unbehagen aus und entzieht Vertrauen.

Die Möglichkeit, sich an den Wahlen auf Bundes- und Landesebene beteiligen zu dürfen, ist eine zentrale Voraussetzung für die Sicherung der Teilhabe aller Menschen in Deutschland. Aufgrund der restriktiven Einbürgerungspolitik werden viele Menschen von den Wahlen ausgeschlossen.

Im Jahr 2021 wurden lediglich 131.595 Personen eingebürgert, welches 2,4% des ausgeschöpften Einbürgerungspotenzials entsprach. Um diese Schieflage zu korrigieren sind folgende Maßnahmen notwendig:

1. Die generelle Hinnahme der Mehrstaatigkeit
2. Die Absenkung der Anforderungen an Deutschkenntnisse für bestimmte Zielgruppen, z.B. ältere Personen,
3. Die Ausweitung der Regelungen zur Einbürgerung per Geburt,
4. Dass Unzureichende Einkommen die Einbürgerung dauerhaft nicht verhindern darf,
5. Eine stärkere Anerkennung von Integrations- und Lebensleistungen nicht nur sprachliche Natur, sowie

6. Eine Verkürzung der Bearbeitungszeiten durch bessere Ausstattung der Einbürgerungsbehörden und
7. Eine Erweiterung der Informationsmöglichkeiten (auch Einbürgerungskampagnen) unter Einbeziehung von Migrant*innenorganisationen.

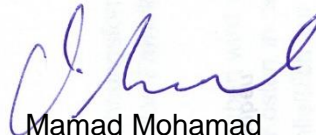
Wir hoffen sehr, dass Sie die Blockaden, die dieses wichtige Vorhaben behindern zeitnah aufräumen werden und stehen für weitere Gespräche zu den angesprochenen Themen gerne bereit.

Aufgrund des öffentlichen Interesses an dem Thema erlauben wir uns, den Brief öffentlich zu machen.

Mit freundlichen Grüßen



Vera Sompon
Sprecherin des Forums der
Migrantinnen und Migranten
im Paritätischen (FdM)



Mamad Mohamad
Sprecher des Forums der
Migrantinnen und Migranten
im Paritätischen (FdM)